

Deutscher Bundestag  
Stenographischer Bericht  
105. Sitzung  
Berlin, Donnerstag, den 21. Juni 2007  
Christoph Strässer (SPD)

**Stärkung der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union**  
Drucksachen 16/3607, 16/4497

**EU-Jahresbericht 2006 zur Menschenrechtslage**  
Ratsdok. 5779/07  
Drucksachen 16/4635 Nr. 2.2, 16/5603

**Den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte reformieren und durch die konsequente Befolgung seiner Urteile stärken**  
Drucksache 16/5734

**Den Erfolg des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte durch die konsequente Befolgung seiner Urteile sichern**

**Den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor dem Kollaps bewahren**  
**Den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stärken**  
Drucksachen 16/4417, 16/4062, 16/4405, 16/ 5768

Christoph Strässer (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren in dieser Debatte unter anderem über den achten Jahresbericht der EU zur Menschenrechtslage. Dieses Dokument beschäftigt sich mit der internen und der externen Menschenrechtspolitik der Europäischen Union. Es hat ein stolzes Volumen von weit über 250 Seiten. Ich möchte mich auf drei Bereiche beschränken, die mit der Umsetzung menschenrechtlicher Grundsätze und Standards in den europäischen Staaten mittelbar und unmittelbar zu tun haben.

Der erste Bereich wird in diesem Bericht zwar nicht ausdrücklich erwähnt; dennoch glaube ich, dass er gerade angesichts der zu Ende gehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine ganz wichtige Rolle spielt. Ich meine damit zumindest einen Teil des sogenannten Verfassungsprozesses.

In diesen Tagen sind in unseren Wahlkreisen die sogenannten Europabusse unterwegs. Durch diese Busse wird Europa vielen jungen Leuten, vielen Schülerinnen und Schülern vorgestellt. Man spricht über Grundsätze des Zusammenlebens auf unserem Kontinent. Als Ergebnis meiner eigenen Erfahrungen kann ich nur sagen: Den jungen Leuten geht es nicht um Quadratwurzeln und andere Dinge - so wichtig das für uns und für das Funktionieren der Europäischen Union ist -; vielmehr stellen sie die Frage: Wie leben wir eigentlich materiell in diesem europäischen Verbund?

Das Allerwichtigste ist aus meiner Sicht - ich glaube, das gilt für viele andere auch - die Verbindlichmachung der sogenannten Grundrechtecharta, die wir bereits beschlossen haben. Wenn man Europa an dieser Stelle für die Menschen lebbar, erfahrbar und greifbar machen will, dann gilt es, sich verbindlich auf die gemeinsamen Werte Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu berufen. Dafür sollten wir uns auch heute noch einsetzen. Ich bitte die Bundesregierung herzlich, an dieser Stelle nicht nachzugeben und klarzustellen, dass die Europäische Union eine verbindliche Grundrechtecharta braucht; sonst wird vieles unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einen zweiten Bereich ansprechen, der in diesem Bericht, der sich auf die Zeit von Mitte 2005 bis Juni 2006 bezieht, eine große Rolle spielt. Das ist die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in den Vereinten Nationen in internationalen Zusammenhängen. Ich möchte einen Bereich herausgreifen, der gerade in den letzten Tagen in unseren Debatten eine große Rolle gespielt hat, nämlich die Einrichtung und die Arbeit des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen. Wir alle, die wir uns mit diesem Thema befassen, sind nicht in letzter Konsequenz glücklich mit dem, was dort passiert. Aber - das sollten wir zur Kenntnis nehmen und gebührend werten - dass es einen Menschenrechtsrat gibt und dass er sich jetzt auf verbindliche Arbeitsformen verständigt hat, ist ein Verdienst der Ratspräsidentschaft, ein Verdienst der westlichen Staaten. Deshalb sage ich für unsere Fraktion einen ganz besonders herzlichen Dank an Michael Steiner, der das in ganz harter Arbeit durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da ist nicht alles Gold, was glänzt. Aber wir haben uns darauf verständigt, im Menschenrechtsrat weiterhin Länderberichterstattungen durchzuführen. Dabei gehen wir von einem Quorum aus, das es nicht von vornherein unmöglich macht, sich mit menschenrechtswidrigen Vorfällen zu befassen. Das ist für uns ganz wichtig. Ohne das System der sogenannten Peer-Reviews zur Überprüfung menschenrechtlicher Standards, ohne die Aufrechterhaltung des Systems der Berichtersteller wäre der Menschenrechtsrat ein zahnlöser Tiger. Das ist das Einzige, was im Moment von dem großen Reformprozess der Vereinten Nationen übrig geblieben ist. Wenn der Menschenrechtsrat keine vernünftige Arbeit im Sinne der Menschen in der ganzen Welt machte, dann würde den Vereinten Nationen ein wichtiges Standbein genommen. Deshalb sind wir sehr froh darüber, dass unter unserer Führung, unter der Führung der westlichen Staatengemeinschaft, diese Werte verankert worden sind und der Menschenrechtsrat in Zukunft, so hoffe ich, eine erfolgreiche Arbeit leisten kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte einen dritten Bereich ansprechen. Da wird ein Stück weit Selbstkritik und auch Blick über den eigenen Horizont hinaus vermittelt. Die europäischen Werte der Aufklärung, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der allgemeinen Geltung der Menschenrechte sind für viele Menschen in anderen Teilen der Welt eine große Hoffnung. Deshalb ist es sehr gut, dass es gelungen ist, in der Arbeit der Europäischen Kommission die sogenannten Leitlinien zur Menschenrechtspolitik in bestimmten Bereichen weiterzuentwickeln.

Ich finde es ausgesprochen gut, dass in diesen Tagen von Italien ein Angebot zur Ächtung der Todesstrafe weltweit gekommen ist. Wir sollten uns dieser Initiative anschließen und sie massiv unterstützen. Das ist eines der zentralen Anliegen deutscher Menschenrechtspolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Leitlinien zur Verhütung von Folter und erniedrigender Behandlung. Auch dazu haben wir klare Positionen. Ich möchte an dieser Stelle etwas Selbstkritisches sagen: Wir müssen uns nach dem Wertekanon der Europäischen Union fragen lassen, ob in unseren eigenen Strukturen alles in Ordnung ist. Ich habe bestimmte Berichte gelesen, deren Wahrheitsgehalt ich noch nicht beurteilen kann. Wenn es aber so ist, dass es in Europa, im Europa der 27, Gefängnisse gibt, in denen gefoltert wird, wenn es zutrifft, dass es von europäischem Boden aus, gegebenenfalls mit Zustimmung der Regierung, zu Überstellungen in Länder kommt, in denen gefoltert wird und die Todesstrafe gilt, dann ist das ein Thema, vor dem wir in der Europäischen Union nicht die Augen verschließen dürfen. Diese Vorwürfe müssen aufgeklärt werden. Ich hoffe und erwarte, dass dies gelingt und dass auch wir hier im Deutschen Bundestag mit den Ausschüssen, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, Klarheit schaffen. Von europäischem Boden dürfen keine Menschen in Systeme überführt werden, in denen es eine menschenrechtswidrige Praxis gibt. Das sollte für uns ganz selbstverständlich sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen - ich habe mir geschworen, dass er bei allen menschenrechtlichen Debatten eine Rolle spielen soll -: Auf Seite 65 des hier zu diskutierenden Berichtes heißt es unter der Überschrift "Strategische Ziele 2005-2009" - es geht hier um die EU-Kommission -: Die Rechte des Kindes sind uns ein vorrangiges Anliegen. Im April 2005 wurde eine besondere Initiative mit Blick auf die weitere Förderung, den Schutz und die Berücksichtigung der Rechte des Kindes bei den internen und externen Maßnahmen der EU auf den Weg gebracht. - Das ist gut. Ich interpretiere das so: Das ist ein Auftrag an uns, an die Bundesregierung.

Es wäre ein grandioser Erfolg für die deutsche Menschenrechtspolitik, wenn die Bundesregierung zum Schluss ihrer Ratspräsidentschaft erklären würde, dass die noch existierenden Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention zurückgenommen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)